

Erfolgreicher Mathematiker: Prof. Martin Möller warb schon in seinem ersten Jahr an der Goethe-Universität einen ERC-Starting Grant der EU ein.



gel an die Bande stößt, wird der Billardtisch an der Bande gespiegelt und die Kugel läuft auf dem Nachbartisch weiter. »Mit rechteckigen Tischen ist es relativ simpel. Interessant wird es, wenn man unterschiedlich geformte Vielecke nimmt«, erläutert Martin Möller.

Die Oberflächen der aneinandergesetzten »Billardtische« bilden eine Riemann'sche Fläche, so benannt nach dem Göttinger Mathematiker Bernhard Riemann, der sie zuerst studierte.

Von Riemann stammt auch die Erkenntnis, dass Riemann'sche Flächen durch – weitaus kompliziertere – Räume parametrisiert sind: sogenannte Modulräume. »Modulräume sind zurzeit in der mathematischen Forschung von großem Interesse, weil sie eine höchst vielschichtige Geometrie besitzen«, so Möller. Sein Ziel ist es, die Geometrie der Modulräume zu verstehen. Vorstellen kann sich auch der erfahrene Mathematiker diese mehrdimensionalen Räume nicht mehr. Neue Phänomene entdeckt er manchmal durch Computersimulationen, die ihm intuitive Anhaltspunkte geben. Zumeist hilft jedoch das Studium vereinfachter Beispiele mit Papier und Bleistift, um neue Zusammenhänge zu erschließen.

Martin Möller ist seit 1. Januar 2010 an der Goethe-Universität und mit 33 Jahren einer der jüngsten Professoren, die in letzter Zeit berufen wurden. Zuvor forschte er am Max-Planck-Institut für Mathematik in Bonn. Erst im März erhielt er den mit 25 000 Euro dotierten Gay-Lussac-Humboldt-Preis, der es ihm erlaubt, insgesamt sechs Monate an französischen Partner-Universitäten zu arbeiten. Schon während des Studiums in Karlsruhe ging er nach Grenoble, später nach Paris und Essen. In den vergangenen fünf Jahren führten ihn Forschungsaufenthalte erneut nach Paris, Marseille und Chicago.

Prof. Möller ist der vierte Wissenschaftler der Goethe-Universität, der einen ERC Starting Grant erhält. Vor ihm wurden bereits der Biophysiker Prof. Achilleas Frangakis, die Kulturanthropologin Prof. Kira Kosnick sowie der inzwischen an die RWTH gewechselte Chemiker Prof. Magnus Rueping ausgezeichnet. ♦

## Frankreich macht es vor

Strategien zur Qualifizierung und legalen Beschäftigung von Haushaltshilfen

**Wenn am 30. April 2011 der beschränkte Arbeitsmarkt für Personen aus den neuen EU-Beitrittsländern aufgehoben wird, wird dies auch neue Freiheiten für die etwa 100 000 illegal beschäftigten Haushaltshilfen aus Osteuropa bedeuten, die zurzeit alte Menschen in Deutschland betreuen. Vermutlich werden Privathaushalte als Arbeitsplatz deutlich unattraktiver gegenüber Tätigkeiten in der Gastronomie und im Einzelhandel. Frankreich bekommt diese Situation besser in den Griff, wie die ersten Ergebnisse eines EU-Projekts zeigen, das von Wissenschaftlern des Instituts für Wirtschaft, Arbeit und Kultur (IWAK) koordiniert wird.**

Um die schwierige Situation hilfsbedürftiger älterer Menschen und ihrer Angehörigen abzufedern, sucht die Politik immer noch nach Konzepten. Nicht immer sind die Maßnahmen zielführend, wie das Beispiel der Steuerermäßigungen zeigt, sie sollten dazu beitragen, die Finanzierbarkeit der Unterstützungs- und Hilfeleistung zu verbessern. Doch für Ältere bringen diese Ermäßigungen kaum Erleichterung, da sie keine oder kaum Steuern zahlen. Anders stellt sich die Situation in Österreich dar: Im Rahmen einer landesweiten Legalisierungsstrategie werden den älteren Menschen die Sozialabgaben für ihre Haushaltshilfen erstattet, wenn



sie diese legal, also sozialversicherungspflichtig beschäftigen. Bereits innerhalb eines Jahres ist es in Österreich gelungen, auf diese Weise zwei Drittel der illegalen Beschäftigungsverhältnisse zu legalisieren. Dies macht auch sehr deutlich, dass ältere Menschen ein großes Bedürfnis haben, ihre Haushaltshilfen legal zu beschäftigen, soweit ihre finanziellen Möglichkeiten dies zulassen.

Allerdings erweist sich die österreichische Strategie nur als eine kurzfristig wirksame Lösung, da damit die Rekrutierung von Haushaltshilfen aus Osteuropa weiterhin unterstützt wird und – ebenso wie in Deutschland – kein eigener Arbeitskräftepool für die Unterstützung älterer Menschen bei der Hausarbeit systematisch aufgebaut wird. Dies könnte sich zukünftig fatal auswirken; denn ab 30. April 2011 kön-

Hilfe im Alltag. Ältere Menschen benötigen neben professioneller Pflege Unterstützung, um die kleinen Dinge des täglichen Lebens bewältigen zu können.

nen die Haushaltshilfen aus Polen, der Slowakei und anderen EU-Beitrittsländern legal in allen anderen Wirtschaftsbereichen arbeiten. Erfahrungen aus Ländern, deren Arbeitsmärkte bereits geöffnet sind, zeigen: Viele der Haushaltshilfen wandern in die Beschäftigungsbereiche Gastronomie und Einzelhandel ab, wo ebenfalls ein kontinuierlicher Bedarf an un- und angelernten Arbeitskräften besteht und die Einkommenssituation etwas besser ist.

### Das französische Modell: Eine Chance für Un- und Angelernte

Gute und vor allem nachhaltige Lösungen lassen sich allerdings bei den Nachbarn in Frankreich finden. Dort werden seit den 1990er Jahren verschiedene Strategien genutzt, um Privathaushalte als legale Beschäftigungsbereiche für Un- und Angelernte zu erschließen. Besonders Frauen, die nach der Erziehung ihrer Kinder und/oder der Pflege von Eltern und Schwiegereltern einen Wiedereinstieg ins Berufsleben machen wollen, werden angesprochen. Aber auch jungen Erwachsenen ohne Schul- und Berufsabschluss oder Migrantinnen soll ein niedrigschwelliger Zugang zum ersten Arbeitsmarkt ermöglicht werden. Aufbauend auf den Kenntnissen aus der eigenen Familienarbeit erfolgen Qualifizierung und Vermittlung an Dienstleister, außerdem werden die Haushaltshilfen zu Anfang auch bei ihrer Arbeit in Privathaushalten begleitet. Dies kommt nicht nur den Privathaushalten zugute, sondern bietet gleichzeitig auch sichere Beschäftigungsoptionen für Personengruppen, deren Arbeitsmarktzugang sich eher schwierig gestaltet.

### Über Schecks sind Dienstleistungen erschwinglich

In den letzten zehn Jahren wurden in Frankreich Einzelstrategien zu einem umfassenden und integrierten Ansatz zusammengeführt – dem »Borloo-Plan«. Dabei wurden verbindliche Qualitätsstandards für die Dienstleistungen sowie professionelle Marktstrukturen entwickelt, indem unter anderem der Markteintritt neuer Unternehmen gefördert wird. Die Dienstleister werden zertifiziert, und die Qualität ihrer Arbeit kontinuierlich kontrolliert. Dazu gehört, dass die Haushaltshilfen An-



Oft allein gelassen. Bezahl- und leicht organisierte Hilfe im Haushalt eröffnet Chancen, im Alter länger selbstständig leben zu können.

spruch auf Weiterbildung haben. Aber auch die älteren Menschen sind im Fokus des Borloo-Plans: Sie werden systematisch beraten, und ihnen werden Haushaltshilfen vermittelt, die sie dringend zu ihrer Unterstützung benötigen. Der Zugang und die Abwicklung der Dienstleistungen sind stark vereinfacht, Informationen über Angebote werden direkt vor Ort in Supermärkten, Banken oder über Ärzte gestreut. Über Schecks werden die Dienstleistungen subventioniert, das ist für Haushalte erschwinglich und auch einfach abzuwickeln. Darüber hinaus werden die Dienstleistungen über wenige Dachmarken bekannt gemacht, was insbesondere älteren Menschen hilft, qualitätsgesicherte Angebote problemlos zu finden.

Der Erfolg des französischen Ansatzes lässt sich an den folgenden Zahlen ablesen: Derzeit sind zwei Millionen Menschen als legale Haushaltshilfen in Frankreich tätig, davon arbeiten 600 000 in Haushalten von älteren Menschen mit deutlich steigender Tendenz. Das jährliche Marktvolumen beträgt 16 Milliarden Euro. Übertragen auf 80 Millionen Deutsche, wären dies 2,4 Millionen legal Beschäftigte in Privathaushalten. Zurzeit sind aber in Deutschland nur eine halbe Million Menschen als legal angestellte Haushaltshilfen vor allem in Form von Minijobs tätig.

Das Projekt am Institut für Wirtschaft, Arbeit und Kultur (IWAK) der Goethe-Universität, an dem Wissenschaftler aus verschiedenen EU-Ländern beteiligt sind, soll herausarbeiten, inwieweit die Strategien, die in Frankreich genutzt werden, auf Deutschland, aber auch andere Länder wie Italien und Österreich übertragbar sind. Im Fokus steht dabei, wie Beschäftigte für

diesen Bereich gewonnen, qualifiziert und eingesetzt werden können. Der zweite Schwerpunkt befasst sich damit, wie die Hilfsbedürftigen am besten passfähige Angebote bekommen können, wo Subventionen ansetzen müssen, damit die Dienstleistungen finanzierbar sind, und wie Kooperationen mit professionellen Pflegediensten und Ärzten, aber auch Angehörigen gestaltbar sind. Ergebnisse von verschiedenen Experten-Workshops, die im Herbst stattfinden, sollen in die Diskussionen mit Experten in Politik und Verbänden eingebracht werden, um auch in Deutschland Bewegung in dieses Thema zu bringen. ◆

Die Autorinnen

**Dr. Christa Larsen**, 48, studierte Soziologie, Politische Wissenschaften und Volkswirtschaftslehre in Deutschland und den USA. Seit vielen Jahren ist sie in der empirischen Forschung tätig und verfügt über umfangreiche internationale Expertise im Bereich allgemeine und berufliche Bildung, Sozialisation, Geschlechterverhältnisse, Pflege und Gesundheitswirtschaft. Sie initiiert nationale und internationale Forschungs- und Arbeitszusammenhänge, berät Politik in Fragen des regionalen Arbeitsmarktmonitorings und der Pflege. Seit 2008 ist sie Geschäftsführerin des Instituts für Wirtschaft, Arbeit und Kultur (IWAK). [c.larsen@em.uni-frankfurt.de](mailto:c.larsen@em.uni-frankfurt.de)

**Sigrid Rand**, 34, studierte Politologie, Volkswirtschaftslehre und Slawistik an der Goethe-Universität. Von 2005 bis 2009 war sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften beschäftigt und arbeitet seit 2010 bei IWAK in europäischen Projekten. Sie verfügt über umfangreiche empirische Forschungserfahrungen in den Bereichen Qualifizierung, Arbeitsmarkt, soziale Sicherungssysteme und Innovation. [s.rand@em.uni-frankfurt.de](mailto:s.rand@em.uni-frankfurt.de)

[www.iwak-frankfurt.de](http://www.iwak-frankfurt.de)